

II-2644 bis II-2658 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1379/J - 1393/J

1991-07-08

A N F R A G E

der Abgeordneten Anschöber, Wabl, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung *)

betreffend Durchführung von Schiedsgerichtsverfahren im Auftrag des Bundesministeriums

In den vergangenen Wochen erfolgte rund um das Bunkerprojekt Hieflau des Verteidigungsministeriums eine Diskussion über Form, Durchführung und Sinnhaftigkeit von Schiedsgerichtsverfahren. Das Beispiel Hieflau zeigte hierbei die Fragwürdigkeit derartiger Verfahren im Bereich möglicher Befangenheiten, im Bereich möglicher allzu willfähriger Kompromisse und damit mögliche Verschwendung hoher Summen und Steuergeldern.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Seit wann werden von Ihrem Ministerium Schiedsgerichtsverfahren in Auftrag gegeben?
2. Aufgrund welcher rechtlichen Regelung werden diese Verfahren abgewickelt?
3. Existiert gegen den Spruch des Schiedsgerichtes die Möglichkeit eines Rechtseinspruches?
4. Wieviele Schiedsgerichtsverfahren wurden im Bereich des Ministeriums in den Jahren 1980 bis 1991, aufgliedert nach Jahren, in Auftrag gegeben?
5. Zu welcher konkreten Thematik wurden die einzelnen Schiedsgerichtsverfahren im Bereich Ihres Ministeriums in Auftrag gegeben?

*) erging auch an alle anderen Mitglieder der Bundesregierung mit Ausnahme des Bundeskanzlers.

Von der Vervielfältigung und Verteilung dieser - inhaltlich identischen - Anfragen wurde im Sinne des § 23 Abs. 2 GO Abstand genommen.

6. Mit welchen Mitgliedern wurde das jeweilige Schiedsgericht von Ihrer Seite bzw. von der Gegenseite besetzt und welcher Obmann des Schiedsgerichts wurde in jedem Fall gewählt?
7. Welche Summe wurde an die einzelnen Mitglieder des jeweiligen Schiedsgerichtsverfahrens ausbezahlt?
8. Wie lautete in jedem einzelnen Fall das Urteil?
9. Wie häufig und in welchen konkreten Fällen wurden als Urteilsbegründung überraschende geologische Probleme und Situationsveränderungen oder Veränderungen der Bodenverhältnisse angegeben?
10. Welche Gesamtsummen wurden im Bereich Ihres Ministeriums seit 1980 für die Durchführung von derartigen Schiedsgerichtsverfahren aufgewendet?